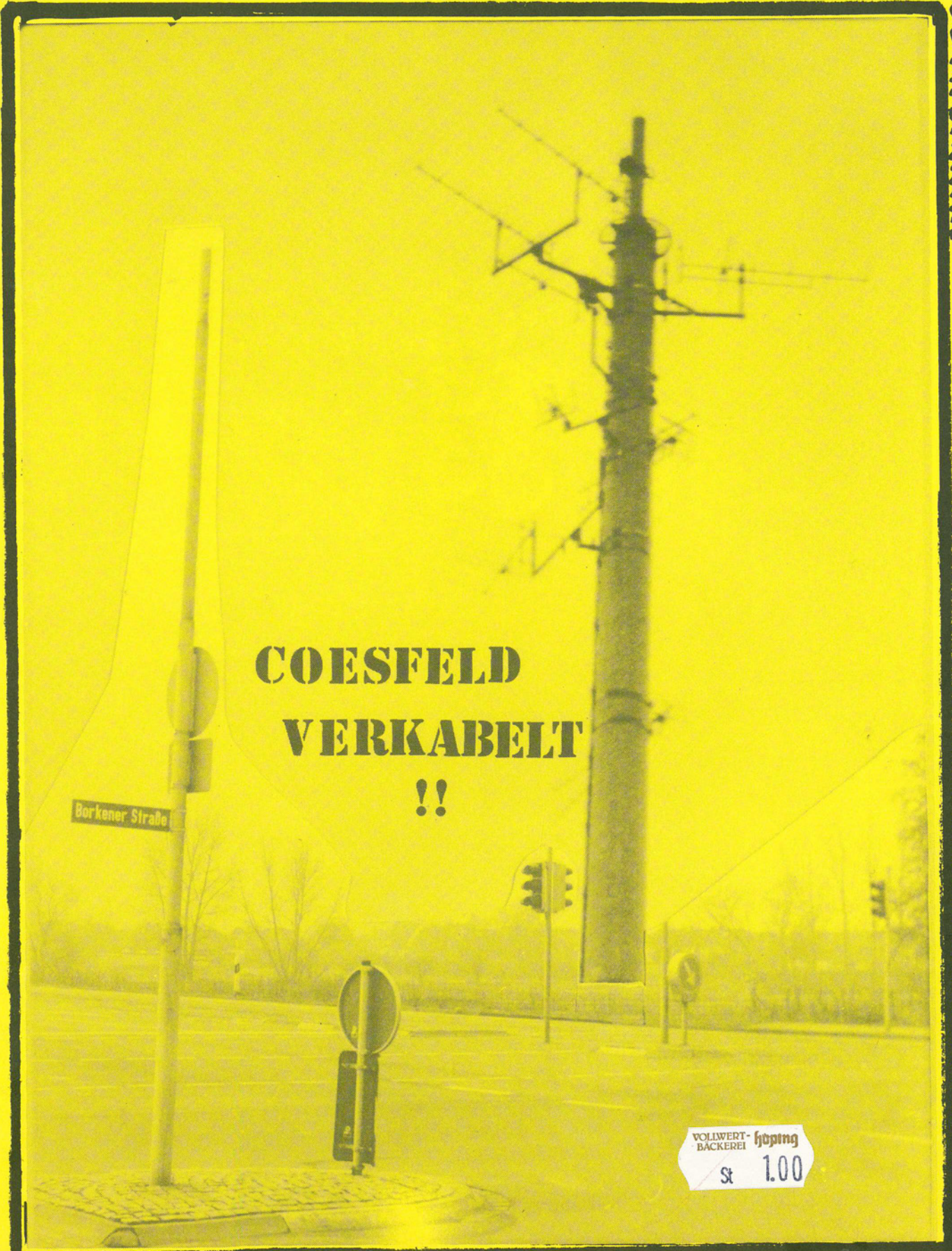


JUNI '84

COESFELD'S STADTBOTE

KOSTNEMARK



COESFELD
VERKABELT

!!

Borkener Straße

VOLLWERT-*hoping*
BÄCKEREI

St 1.00

GRÜNZEUGS



Frauen angesprochen, die trotz großer Bemühungen der "Grünen" auch hier immer noch unterrepräsentiert sind!

Dieser Text ist nur eine kurze Zusammenfassung des Interviews, das wir mit einigen Leuten von den "Grünen" (Henning Waterkamp, Franziska Steverding-Waterkamp, Uli Brandt) führten. Es gibt also auch nur schlaglichtartig eine Reihe von Aspekten aus der überregionalen und kommunalen Politik wieder. Wer sich näher für "die Grünen" interessiert, möge zu den jeden Dienstag in der Ratsschänke stattfindenden Sitzungen kommen. Ganz besonders sind dabei

Grundsätzliches

Ursprünglich wurden "die Grünen" als reine Öko-Partei gegründet. Dabei wurde von sehr idealistischen, teilweise auch utopischen Vorstellungen ausgegangen. Inzwischen setzt sich aber in der Partei der Flügel durch, dem eine realistische, durchsetzbare Politik wichtiger sind...

Wie politikfähig sind also "die Grünen"?

Allgemein setzt sich bei den "Grünen" die Erkenntnis durch, daß man mit 5-8% der Wählerstimmen keine Politik bestimmen kann. Zusammen mit dieser Erkenntnis gewinnt der SPD-nahe Flügel der Partei an Gewicht, der sich nach Meinung des Sprechers der Ortsgruppe der "Grünen" in Coesfeld (Henning Waterkamp) auch durchsetzen wird. Als Vorreiter sieht Henning hier Hessen, obwohl er meint, daß "die Verhandlungen in Hessen schlecht gelaufen sind". Aber, so sagt er: "Wenn wir im parlamentarischen Bereich etwas erreichen wollen, dann nur mit der SPD!" Die Annäherung an die etablierte Politik bedeutet aber nicht, daß die "Grünen" von ihren Zielen abrücken, sondern sie bedeutet vielmehr, daß man versucht, diese Ziele in die Politik mit einzubringen.

"Ich meine schon, daß man eine Utopie haben muß, nur muß man auch sagen, wie man sie umsetzen will."

Konkret:

Wie stehen die "Grünen" zur 35-Stundenwoche?

Die "Grünen" fordern ebenso wie der DGB die 35-Stundenwoche. Jedoch machen sie aus Öko-

nomischen Gründen den Unterschied, den Lohnausgleich nur für die unteren und mittleren Einkommenschichten zu fordern. Die 35-Stundenwoche ist jedoch nur ein Teilaspekt in dem Programm der "Grünen" gegen Arbeitslosigkeit. Wesentlich weiterreichend ist z.B. die Forderung das Mitbestimmungsrecht für die Arbeitnehmer erheblich auszubauen: Jeder Mitarbeiter eines Betriebes soll (eventuell über gewählte Gremien) mitbestimmen können, was wie produziert wird. Dadurch soll sichergestellt werden, daß Rationalisierungsmaßnahmen gegen die Interessen der Arbeitnehmer nicht durchgesetzt werden können, aber inhumane Arbeitsbedingungen durch Einsatz von Maschinen abgeschafft werden. Außerdem soll hierdurch und durch die Einführung einer Steuer auf Rationalisierungsmaßnahmen, die dem Staat die Sozialbeiträge für die durch diese Maßnahmen arbeitslos gewordenen Menschen sichern soll, die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Grundsätzlich sind die "Grünen" der Überzeugung, daß sich unsere heutigen Probleme durch eine "Wachstumspolitik" lösen lassen. Vielmehr sei es notwendig, die Wirtschaftsplanung in die Hände gewählter Gremien und damit der Arbeiter zu legen.

KOMMUNALPOLITISCHES

Ansichten:

- zum Stichwort Einkaufszentrum

H.W.: "Ich glaube, daß das ganze Projekt eine Fehlinvestition ist, weil z.B. die Mieten so hoch sein werden, daß nur noch Konzernfilialen in das Gebäude einziehen können." Es läßt sich absehen, daß dabei viele Einzelhandelsgeschäfte in den Ruin getrieben werden.

Um nur zwei negative Auswirkungen zu nennen:

1. Bisher trugen die Einzelhandelsgeschäfte ganz wesentlich zum Lehrstellenangebot in Coesfeld bei, was bei deren Zusammenbruch wegfällt.
2. In Einzelhandelsgeschäften arbeiten üblicherweise qualifizierte und dementsprechend nach Tarif bezahlte Arbeitskräfte, während in Konzernfilialen (siehe Allkauf) oft nur Aushilfsjobs ohne festen, tariflichen Lohn angeboten werden. Die Folge ist ein Sinken des Ausbildungs- und Lohnniveaus. Außerdem befürchten die "Grünen", daß der in dem EKZ vorgesehene Mietraum wegen zu hoher Mieten in Büroräume umfunktioniert wird, mit der Folge, daß dort außerhalb der Geschäftszeiten völlige Menschenleere herrschen wird.

Gefahr der Verstädterung !!

- zum Stichwort Verkehrsplanung
Der Ausbau der Wahrkamptrasse und des Gerichtsringes sind Beispiele für eine völlig an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigehende Verkehrspolitik. Beispiel: Der Gerichtsring, dem ein kleiner Park und ein im Umkreis von einigen Hundert Metern einziger - Spielplatz zum Opfer fielen. H.W.: "Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier Beschäftigungstherapie für Ämter und Baufirmen betrieben wird." Nun: Der Gerichtsring ist gebaut und wird wohl auch nicht auf "Bürgerwunsch" wieder aufgerissen. Was bleibt ist also, sich für Spiel- und Erholungsräume in der Stadt einzusetzen und vor allem die weitere Asphaltierung unserer Stadt und deren Umgebung zu verhindern. Vor allem der Ausbau des sogenannten äußeren Ringes, der unter anderem die Naherholungsgebiete am Berg gefährdet, steht hier zur Debatte.

Vorschläge und Planungen der "Grünen"

Was alle folgenden von den "Grünen" erarbeiteten Vorschläge verbindet, ist das Bemühen, die Kommunikation in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens zu verbessern und somit eine Möglichkeit des Ausgleichs in allen konfliktbeladenen Bereichen (von der Familie bis zur internationalen Politik) zu ermöglichen.

Konkret:

-Die Ausstattung der Fußgängerzone

Die Fußgängerzone soll zu einem Ort des Gesprächs werden. Dazu gehört, daß entsprechend angeordnete Sitzgruppen außerhalb der Geschäftszonen vorhanden sind. Ideal wäre eine einbeziehung des Kirchplatzes vor der Jakobikirche. Hier würde sich die Möglichkeit zu Informationsständen, Straßentheater, Musikdarbietungen und zum Spielen bieten.

-Umfunktionierung der Wohnstraßen

Die "Grünen" finden es auffällig, daß selbst Anliegerstraßen, in denen vielleicht alle 15 Minuten ein Auto fährt, so eingerichtet sind, als gebe es nur diese und keine Menschen. Gerade hier wäre es aber möglich, aus einer Straße als reiner Verkehrsweg eine Kommunikations- und Spielfläche zu machen. Es geht den "Grünen" auch darum, die Eigeninitiative der Bürger zuzulassen, ihnen in gewissen Grenzen (-Sicherheitsvorschriften)

die Ausgestaltung ihrer Straße zum Beispiel mit Blumenkübeln, Bäumen, Spielgerät etc. selber zu überlassen. (Als Vorbild könnte hier Coesfelds Partnerstadt De Bilt dienen)

-Einrichtung eines Jugendzentrums

Von den "Grünen" wird ein öffentliches Jugendzentrum als unbedingt notwendig und dringlich erachtet. Es geht nicht an, das Jugendlichen als einziger Treff-

punkt Coesfelds Kneipen zur Verfügung stehen (-mit den entsprechenden Auswirkungen auf den Alkoholkonsum!).

In diesem Zusammenhang weisen die "Grünen" auf das grundsätzliche Problem für die Jugendlichen hin, überhaupt Eigeninitiative zu entwickeln und die eigenen Interessen vertreten zu können. Von den "Grünen" werden deshalb verschiedene Aktionen angeboten, z.B. ein alle 14 Tage stattfindender Filmabend, der später von Jugendlichen selbstverantwortlich organisiert werden soll. Auch wird versucht, den sog. "Stadtjugendring" - eine Vertretung aller Jugendlichen - zu reaktivieren.

Übrigens beträgt der Jugendetat unserer Stadt jährlich gerade 15000 DM, die größtenteils (biher?!) für ein einmaliges Konzert ausgegeben wurden. Der Stadtverwaltung wird zudem von den "Grünen" der Vorwurf gemacht, keinerlei Offenheit für die Probleme der Jugendlichen zu haben. H.W.: "Die lassen einfach nicht mit sich reden. Argumente werden nicht angenommen!"

"In Umwelt und Jugendfragen ist die CDU in Coesfeld rechter als die CSU in Passau."

ZUR KOMMUNALWAHL

Zur Kommunalwahl im September in Kürze nur folgendes:

Die "Grünen" werden auf alle Fälle an der Wahl teilnehmen, für alle Wahlbezirke wird ein Kandidat von den "Grünen" bzw. ihnen nahestehende Personen vorgeschlagen. Kompetenzprobleme soll es dabei laut Henning nicht geben: "In der Kommunalpolitik ist alles noch einigermaßen überschaubar, so daß ich jedem von den "Grünen" vertraue, im Stadtrat richtige Entscheidungen zu treffen."

Das Rotationsprinzip wird insofern abgewandelt, daß alle 2 Jahre eine Neuwahl der Kandidaten mit einer ausdrücklichen Wiederwahlmöglichkeit vorgenommen wird.

Eine Koalitionsaussage wollen die "Grünen" zum jetzigen Zeitpunkt auf keinen Fall machen: "Wir müssen erst einmal den Ausgang der Wahl abwarten, dann können wir vielleicht reden."

Eines steht jedoch schon fest: Die Gelder, die die "Grünen" aus der Arbeit im Stadtrat erhalten, werden sie nicht in ihre eigene Tasche packen! Geplant ist, nach Möglichkeit ein Haus anzumieten, daß interessierten Gruppen zur freien Verfügung stehen soll.

Martin



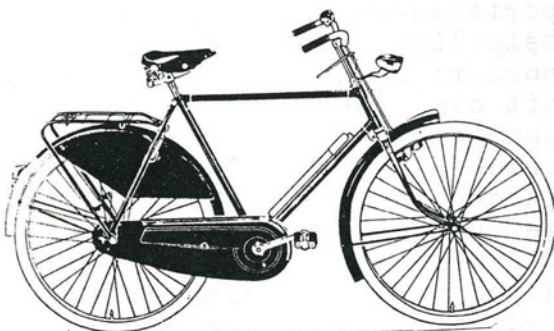
THOMAS BAUMEISTER Mechanikermeister

Neu eingetroffen:

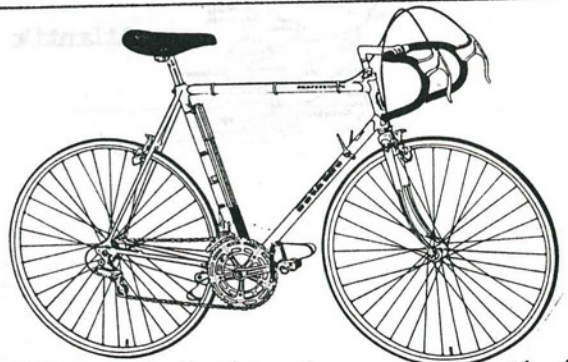
Leichtlauf - Sportfahräder
Aluminium und Edelstahl - Ausstattung
mit Torpedo 3-Gang 438,- mit 5-Gang Position 388,-



...und Sie fahren besser!



Holland-Fahräder ab 200,-
Original Holland Fahräder
von UNION ab 368,-
Original Holland Nostalgie 378,-



Rehnsportfräder komplett mit Schutzblechen, Gepäckträger und Beleuchtung ab 339,-
Rehräder ab 550,- DM. Wir montieren
Rehrahmen ab 235,- DM.
auch selbst!